

Tag der Menschenrechte am 10. Dezember
Pressemitteilung von FIAN und MISEREOR



Menschenrechte schützen,
Wirtschaftsmacht begrenzen



(Aachen, Köln, 7. Dezember 2010). Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember weisen FIAN und MISEREOR darauf hin, dass wirtschaftliche Interessen von Unternehmen oftmals im Widerspruch zu der Verwirklichung von Menschenrechten stehen. Sie fordern, dass in Zukunft Menschenrechtsverletzungen durch europäische Unternehmen im Ausland auch vor europäischen Gerichten verhandelt werden können. Außerdem sollen Unternehmen, die nachweislich zu Menschenrechtsverletzungen beigetragen haben, zumindest für einen bestimmten Zeitraum nicht mehr von Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung profitieren.

Die Nationalen Kontaktstellen der OECD für multinationale Unternehmen bieten eine Möglichkeit zum Dialog zwischen Unternehmen und den von ihren Aktivitäten betroffenen Menschen. Ihre menschenrechtliche Kontrollfunktion ist jedoch begrenzt. „Unternehmen, die bereits an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, werden diese Geschäftspraxis weiterführen, solange sie keine Konsequenzen zu erwarten haben. Deshalb fordern wir Sanktionen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung“, so Johannes Brandstätter, Vorstandsvorsitzender von FIAN Deutschland. Die Bundesregierung solle sich zudem dafür einsetzen, dass europäische Unternehmen für ihre Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen im Ausland künftig rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. „Die Unabhängigkeit der Justiz in Entwicklungsländern ist oft eingeschränkt, insbesondere wenn es um wirtschaftliche Interessen geht. In solchen Fällen muss es möglich sein, dass Menschenrechtsverletzungen durch europäische Unternehmen auch in deren Heimatland geahndet werden können“, sagte Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer von MISEREOR.

Guy Bertrand von der kamerunischen Umweltorganisation FOCARFE hat Anfang Dezember zusammen mit MISEREOR und zwei weiteren Nichtregierungsorganisationen aus Kamerun und Frankreich bei den Nationalen Kontaktstellen der OECD in Belgien, Frankreich und Luxemburg Beschwerde gegen vier europäische Unternehmen eingereicht. Diese sind an der kamerunischen Firma SOCAPALM beteiligt, die auf ihren Ölpalplantagen Arbeitsrechte missachtet und die Umwelt gravierend schädigt. Dies belegt ein heute der Öffentlichkeit vorgestellter Hintergrundbericht. „Unser Anliegen ist, dass erlittenes Unrecht wieder gut gemacht und weiterer Schaden von den Menschen abgewendet wird. Dazu suchen wir den Dialog mit den Unternehmen und Unterstützung in deren Heimatstaaten.“ Auf Aufmerksamkeit in Europa hofft auch Anastácio Peralta aus Brasilien. Dort kämpft das indigene Volk der Guarani-Kaiowá dafür, dass es gegen den Widerstand der Agrospritindustrie ihr traditionelles Land zurück erhält. Peter Kayiira aus Uganda hat bereits Erfahrung mit der Wirkung internationaler Öffentlichkeit: „2001 wurden 400 Familien von ihrem Land vertrieben, damit die Neumann Kaffee Gruppe dort eine Plantage errichten konnte. Wir wollen unser Recht vor dem ugandischen Gericht erkämpfen. Ohne Öffentlichkeit in Deutschland und die Befassung durch deutsche Behörden wäre das Verfahren jedoch längst eingestellt.“

Kontakt:

Barbara Wiegard, MISEREOR: wiegard@misereor.de; Mobil: 0170/5746417

Ute Hausmann, FIAN Deutschland: u.hausmann@fian.de; Mobil: 0173-6074973